

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und die Buchhandlungen entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 20 Pf.

Abbestellungen nehmen die Redaktionen und die Buchhandlungen entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 20 Pf.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 149

Nr. 182

Freitag, den 7. August 1925

20. Jahrgang

### Die Friedensbedingungen für Abd el Krim.

Paris, 5. August. Der Korrespondent des „Matin“ in Tetuan teilt die Friedensbedingungen mit, die den beiden Vertrauensmännern Abd el Krim und General Poitko zur Kenntnis gebracht worden sind. Die Bedingungen lauten:

1. Abd el Krim erkennt die religiöse Souveränität des Sultans Mulay Jusuf oder seines rechtmäßigen Nachfolgers an;

2. Frankreich und Spanien erkennen die administrative Autonomie des Rif an;

3. Die Mächte erkennen das Recht des Rif an, eine eigene Polizei zu halten, welche groß genug ist, um die Ruhe und Ordnung im Rif zu schälen; Frankreich wird die Organisation dieser Polizei übernehmen;

4. Die vergrößerte Zone von Ceuta und Melilla werden als Eigentum Spaniens anerkannt.

a) Die Zone von Ceuta hat die folgenden Grenzen: im Norden die Meerenge von Gibraltar, im Westen die Zone von Tanger, im Süden die Straße von Tanger nach Tetuan, im Osten das Mitteländische Meer von Wads-Matin bis Ceuta.

b) Die Zone von Melilla hat als Grenze im Westen den Kert, im Osten das östliche Ufer des Mar-Chica, im Süden eine Linie, welche die jetzt in Betrieb befindlichen Bergwerksunternehmungen einschließt, die auf spanischem Gebiet bleiben sollen;

5. Die Grenzen des autonomen Staates sollen sein: im Westen eine Linie, die östlich von der Eisenbahn Tanger-Fez verläuft in einer Entfernung von mindestens 20 Kilometern. Im Süden kann die Grenze von den Flüssen Uerga und Luffos bestimmt werden. Die Grenzlinie, welche diese beiden Flüsse miteinander verbinden soll, bleibt noch zu bestimmen.

6. Das Küstengebiet zwischen dem Atlantischen Ozean und der Bine, die 20 Kilometer östlich von der Eisenbahnlinie Tanger-Fez gezogen wird, wird entweder der Zone von Tanger hinzugezählt oder zwischen der Zone von Tanger und dem französischen Einflussgebiet geteilt. Tanger würde den nördlichen Teil, Frankreich den südlichen erhalten. Diese neuen Bestimmungen werden unter Kontrolle des Völkerbundes gestellt.

#### Dementi der französischen Regierung.

Paris, 5. August. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten dementiert die in der heutigen Morgenpresse verbreitete Meldung aus Tetuan betreffend die Einzelheiten der Friedensbedingungen, die Abd el Krim bereits mitgeteilt worden seien. Diese Meldung entspricht, so heißt es in der Erklärung des Ministeriums, weder inhaltlich noch in der Form den von Frankreich

und Spanien gefassten Beschlüssen. Insbesondere sind die Mitteilungen betreffend die über die Grenzen der französischen, spanischen und der Tangerzone angeblich getroffenen Vereinbarungen unrichtig. Im übrigen ist Abd el Krim, der durch Presseagenten den Wunsch nach Beendigung der Feindseligkeiten ausgesprochen hatte, am 16. Juli mitgeteilt worden, daß ihm die Friedensbedingungen bekannt gegeben werden würden, sobald er die Absicht zu erkennen gegeben habe, Vorbesprechungen zu eröffnen. Bisher jedoch hat Abd el Krim es vorgezogen, mit den Delegierten der beiden Regierungen in Verbindung zu treten, die ihn über die Grundlagen eines annehmbaren Friedens unterrichten sollten.

#### Die Lage im Kampfgebiet.

Paris, 5. August. Savas berichtet aus Madrid: Der feindliche Druck an der Front von Melilla verstärkt sich.

Savas berichtet aus Tetuan: Der Ueberwachungsdiens der Internationalen Zone hat verschiedentlich feindliche Gruppen, die die spanischen Linien in dem Frontabschnitt von Bequella und Mhana zu überschreiten suchten, zurückgetrieben.

Der Korrespondent des „Matin“ in Fez berichtet, Abd el Krim verfüge über vollkommen frische Truppen in Sefschawan und habe sich auf dem Djebel Amergu eine äußerst starke Stellung geschaffen, die ein richtiges „Aldernest“ und von Festungsanlagen aus dem 16. Jahrhundert umgeben sei. Doch würden die französische Artillerie und die französischen Tanks gegen diese Stellung eingesetzt werden, die man früher für „uneinnehmbar“ gehalten habe.

#### Ergebenheitsserklärungen für Abd el Krim.

Tanger, 5. August. Im Verlaufe einer gestern hier in Abd el Krim abgehaltenen Sitzung haben die Kaida der Wlana, Tschedalla und Andjeras beschlossen, die Autorität Abd el Krim anzuerkennen und den Kampf nach ihrer Rückkehr zu ihren Stämmen wieder aufzunehmen.

#### Frst bis 15. August.

Paris, 5. August. Nach dem Korrespondenten des „Journal“ in Madrid wird die Abd el Krim zur Befreiung einer Antwort zugebilligte Frist wahrscheinlich nicht den 15. August überschreiten. Nach Ablauf dieser Frist würden die spanischen Truppen, wenn die Antwort negativ sei, die Offensive ergreifen, die mit einer Landung an mehreren Küstenpunkten, besonders an der Mündung des Ued Lau und Sidi Hg beginnen würde.

Es sei daher aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Frage in zufriedenstellender Weise vorbereitet und geklärt werde.

#### Die französisch-englischen Kriegsschulden-Verhandlungen.

London, 5. August. Auf eine Anfrage betreffend die Unterbrechung der englisch-französischen Kriegsschuldenverhandlungen erklärte in der heutigen Unterhaus-Sitzung der Finanzsekretär des Schatzamts Guinness, die britische Regierung sei der Ueberzeugung, die Zeit werde kommen, daß die Schuldenfrage zum Abschluß gebracht werden würde. Guinness bezeichnete die Nachrichten von einem schroffen Abbruch der Verhandlungen als falsch.

#### Polnisch-russisches Abkommen.

Warschau, 5. August. Vorgestern wurde in Moskau das polnisch-russische Abkommen über die Belagerung der polnisch-russischen Grenzgebiete unterzeichnet. Dementsprechend wird sich in den nächsten Tagen eine fünfköpfige polnische Abordnung nach Jambol in Wolhynien, dem Ort der künftigen polnisch-russischen Besprechungen begeben.

#### Bestrafung der spanischen Attentäter.

Paris, 5. August. Savas berichtet aus Barcelona: Die Militärgerichtsbehörde hat der Presse zu dem im Mai verübten Anschlag gegen den König folgende Mitteilungen gegeben lassen: Nach den Geständnissen der festgenommenen Personen ist der Anschlag im Einvernehmen mit den nach Frankreich geflüchteten extremistischen Elementen organisiert worden, von denen sieben in Abwesenheit verurteilt wurden. Unter diesen befindet sich der ehemalige Abgeordnete und Führer der Separatistisch-Nationalistischen Partei Francisco Macia.

### Der Finanzausgleich vor dem Reichstag.

112. Sitzung, 5. August 1925.

Berlin, 5. August. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung 10.15 Uhr. Die Beratungen über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und der Gemeinden werden fortgesetzt. Nach Abschließung verschiedener Änderungsanträge erfolgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über den Finanzausgleich.

Nach den Ausschlußbeschlüssen erhalten von dem Aufkommen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer vom 1. Oktober ab die Länder 75 Prozent. Von dem Aufkommen an Umsatzsteuer erhalten die Länder für sich und ihre Gemeinden in der Zeit vom 1. Oktober 1926 ab 80 Prozent. Der Ausschlußbeschluss garantiert den Ländern und Gemeinden ein Gesamtaufkommen der Umsatzsteuer von 1500 Millionen Mark bis zum Inkrafttreten der Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer. Wird dieser Betrag nicht erreicht, so soll der fehlende Betrag an dem Länderanteil aus Mitteln des Haushaltes insbesondere aus dem Aufkommen der nicht verwendeten Verbrauchsteuern abgedeckt werden. Damit ist den Ländern und Gemeinden ein Anteil an der Umsatzsteuer von 525 Millionen Mark (= 35 Prozent von 1500 Millionen) bis zum 31. März 1926 und von 450 Millionen (30 Prozent) vom 1. April 1926 ab als Mindestsumme festgesetzt. Ein Kompromißantrag Graf Westarp und Genossen will den Ländern und Gemeinden 2100 Millionen Mark Anteil an Einkommen- und Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für 1925/26 garantieren.

#### Reichsfinanzminister von Schlieffen

führt zum Finanzausgleich u. a. folgendes aus: Eine Verständigung zwischen dem Reich und den Ländern hat sich bisher nicht erzielen lassen. Die Reichsregierung ist nunmehr bereit, nach einem weiteren Schritt zu tun, indem sie den Ländern und Gemeinden bis zur Einführung der Zuschläge zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer d. h. in dem Rechnungsjahr 1925-1926 Ueberweisungen aus dem Aufkommen an Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer bis zur Höhe von 2100 Millionen Reichsmark garantiert.

#### Dr. Höpfer-Wilhoff

begründet den Standpunkt der Länder Die Mehrheit der Länder habe sich damit abgefunden, daß auf dem Gebiete der Einkommen- und Körperschaftsteuer dem Reich die Verwaltung bleibt, aber sie müßten als Ausgleich für die Herabsetzung ihres Anteils an diesen Steuern eine Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer von 35 auf 40 Prozent verlangen. Die in dem Kompromiß gebotene Gesamtgarantie nehme den Ländern die Hoffnung der Beteiligung an dem Mehraufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Länder hätten aber an einer solchen Beteiligung das größte Interesse. Die Länder würden sich mit der beschlossenen Herabsetzung des Anteils abfinden, wenn ihnen 500 Millionen Aufkommen aus der Umsatzsteuer garantiert werden. Sonst würden die Länder gezwungen sein, auf die Erfüllung notwendiger Aufgaben zu verzichten. Das Reich habe seine größten Verwaltungen abgebaut. Bei den Ländern sei ein Abbau viel schwerer möglich. Bei der Schulverwaltung sei ein Abbau nicht möglich. (Widerspruch der Kommunisten.) Die Zahl der Strafgefangenen habe sich von 40 auf 80 000 erhöht. Da sei ein Abbau der Schulverwaltung auch nicht möglich. Auch ein Abbau der Schulverwaltung ließe sich nicht verantworten. Mit wenig Ausnahmen seien die Gemeinden in einer bitteren Notlage. Das Reich schäme die Einnahmehemmnisse der Länder und Gemeinden tief zu hoch ein. Die Ueberträge aus dem preussischen Etat seien zugunsten der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes verwendet worden. (Hört! Hört! links.) Die Länder hoffen auf eine Weiterentwicklung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Sie wollen sich ihren Anteil daran nicht nehmen lassen. Mit Herabsetzung habe das Reich nichts zu tun. Der Kompromißvorschlag der Länder geht an die Grenze des Möglichen.

Auf den preussischen Finanzminister folgt als Redner der

#### Bayerische Gesandte v. Weges.

Er erklärte, die bayerische Regierung habe immer eine reinliche Scheidung zwischen der Finanzwirtschaft des Reiches und der der Länder und Gemeinden angestrebt. Der jetzt geplante Finanzausgleich komme dem Standpunkt Bayerns nur wenig entgegen. Der bayerische Gesandte schloß sich im großen und ganzen den Ausführungen des preussischen Finanzministers an. Der bayerische Gesandte betonte am Schluß seiner Rede nochmals, daß der Finanzausgleich in seiner jetzigen Form für Bayern unannehmbar sei und schloß sich dem Standpunkt Preußens an.

#### Die Lage im Schneidemühlener Optantenlager.

Schneidemühl, 5. August. Vizepräsident Dapp machte heute Pressevertretern gegenüber Mitteilung von den geplanten umfangreichen Fürsorgemaßnahmen für Kinder, alte und kranke Personen und Säuglinge. Er erklärte weiter, die Zahl der im Lager eintreffenden Optanten sei auch weiterhin erheblich im Abflauen begriffen. Im ganzen seien von der Optantenvermittlungsstelle bisher insgesamt 5753 Optanten vermittelt worden. Im Laufe dieser Woche sollen von der Lagerverwaltung — abgesehen von der Arbeitsvermittlung — 800 Personen auf die Regierungsbezirke verteilt werden. Vizepräsident Dapp machte ferner Mitteilung davon, daß der Reichslandbund beschlossen habe, 5000 Optantenfinder auf dem Lande unterzubringen.

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern den preussischen Minister des Innern Sebering, der ihm über seinen Besuch im Optantenlager in Schneidemühl und über die von der preussischen Regierung für die Unterbringung der Optanten getroffenen Maßnahmen berichtete.

#### Belands Besuch in London.

Paris, 5. August. Der Londoner Berichterstatter der Agentur Savas beschäftigt sich mit der Frage des Besuchs Belands in London. Er will wissen, daß er jedenfalls zu Beginn der kommenden Woche, vielleicht schon am Montag, 10. August, stattfinden werde. Das Terrain für die mit Chamberlain geplanten Verhandlungen sei übrigens, soweit man erkennen könnte, vollständig vorbereitet. Die beiden Außenminister hätten ihre Ansichten über die Antwort an Deutschland ausgetauscht. Diesen Mitteilungen sei übrigens eine juristische Würdigung beigegeben, die die juristischen Sachverständigen der beiden Außenminister Sir Cecil Hurst und Romagosa gemeinsam in London ausgearbeitet hätten.